

Sanierung der Bundesfinanzen.

Föderativverband lehnt Besoldungskürzung ab

Das neueste im Bundesrat behandelte Sanierungspaket enthält drei Massnahmen, die das Bundespersonal betreffen.

Es handelt sich erstens um „Lohnopfer“ des höheren Kaders von Bundesverwaltung, PTT und SBB; zweitens um ein Verhandlungsmandat für das Eidgenössische Finanzdepartement zu „Teuerungsausgleich, Arbeitszeitverkürzung, Stellenerhaltung“ und drittens um den weiteren Abbau von EMD-Stellen.

Die erste Massnahme wird vom Föderativverband, dem auch der VPOD angehört, abgelehnt, die zweite begrüsst, und bei der dritten müssen tragbare Lösungen gefunden werden.

Im Rahmen eines weiteren Sanierungspaketes will der Bundesrat die Besoldungen der Magistratspersonen um drei, jene der Überklasse um zwei und jene der Besoldungsklassen 24 bis 31 um ein Prozent während einiger Jahre kürzen.

Rund 7'100 Personen sind betroffen. Der Föderativverband des Personals öffentlicher Verwaltungen und Betriebe lehnt diese neueste Sparmassnahme ab. Einerseits hat das Bundespersonal seit 1992 seinen Beitrag von gegen 1000 Millionen Franken zur Sanierung der Bundesfinanzen bereits geleistet. Andererseits werden weitere Sparmassnahmen in den nächsten Jahren greifen.

Der öffentliche Dienst, 19.8.1994.

Föderativverband > Lohnkuerzungen. Bundespersonal. OeD, 1994-08-19